

Große Anfrage

der Fraktion DIE GRÜNEN

Militarisierung des Weltraums

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Waren die Bundesregierung und die anderen NATO-Mitgliedstaaten vor der Unterzeichnung der strategischen Verteidigungsinitiative (SDI, National Security Directive 119) vom 6. Januar 1984 durch Präsident Reagan, welche unter anderem zum Ziel hat, Raketenabwehrsysteme im Weltraum zu stationieren, von solchen Plänen informiert worden, und hatten sie ihnen zugestimmt?
2. Kann die Bundesregierung die Feststellung der GRÜNEN bestätigen oder widerlegen, daß
 - a) die Pläne der Vereinigten Staaten von Amerika zur Stationierung von Raketenabwehrwaffen im Weltraum gegen den in der Präambel formulierten Geist des Anti-Ballistic-Missile-Vertrages von 1972 verstoßen, wobei darauf verwiesen wird, daß Maßnahmen zur Begrenzung von Raketenabwehrwaffen zu einer Risikoverminderung des Ausbruchs eines Atomkrieges führen würden, und
 - b) die Entwicklung, Erprobung und Stationierung von ABM-Systemen im Weltraum gegen Artikel 5 Abs. 1 des ABM-Vertrages verstoßen würden?
3. Wie beurteilt die Bundesregierung die SDI hinsichtlich
 - a) ihrer technischen Durchführbarkeit,
 - b) ihres Kostenaufwandes, der zwischen 500 und 2000 Mrd. DM liegen würde, mit Sicherheit von der Bundesrepublik Deutschland direkt oder indirekt mitgetragen werden müßte und ruinöse Folgen für die Weltwirtschaft haben würde,
 - c) der Reaktion des Gegners, welche voraussichtlich in einer erheblichen Aufstockung des Nuklearpotentials liegen dürfte,
 - d) der Gefahren für die Umwelt, die durch die große Zahl von Space-Shuttle-Flügen und den Transport hochgiftiger Stoffe (z.B. Fluorid) entstehen können (siehe die auf der Unispace in Wien geäußerten Befürchtungen),

- e) der von der Bundesregierung befürworteten UNO-Resolution 38/70, welche die Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum zum Ziel hat?
4. Kann die Bundesregierung die Feststellung der GRÜNEN bestätigen oder widerlegen, daß die geplante Installierung von Raketenabwehrsystemen im Weltraum eine äußerst destabilisierende Wirkung hat, und zwar sowohl
- a) wenn eine der Supermächte einen deutlichen Vorsprung dabei hat als auch
 - b) wenn nur Systeme installiert werden, welche einen teilweisen Schutz bieten, als auch
 - c) wenn beide Seiten über ein solches System verfügen?
5. Welche sicherheitspolitischen Folgerungen wird die Bundesregierung aus der Installierung von Raketenabwehrsystemen im Weltraum ziehen, welche nur dem Schutz der USA dienen werden?
6. Hält die Bundesregierung die Entwicklung und Aufstellung eines US-ASAT-Systems im Hinblick auf ihre Aussagen für ihre eigene Sicherheit für notwendig und wünschenswert?
7. Schließt sich die Bundesregierung den im „Report to the Congress on US-Policy on ASAT Arms Control“ vom 31. März 1984 genannten Argumenten an, wonach Verhandlungen über ASAT-Systeme abgelehnt werden und höchstens Verhandlungen über ganz spezielle Einschränkungen befürwortet werden?
8. Wäre die Bundesregierung bereit, Stützpunkte für ASAT-Systeme in der Bundesrepublik Deutschland, also z.B. die Stationierung von F-15-Bombern mit ASAT-Ausrüstung, zu gestatten?
9. Erlaubt die Äußerung von Bundesforschungsminister Dr. Riesenhuber „Die deutsche Weltraumforschung und Technik wird in Zukunft in enger Zusammenarbeit mit ihren Partnern in den Mitgliedstaaten der europäischen Weltraumorganisation ESA und in den USA ihren Beitrag leisten zur Erforschung des Weltraums und zu seiner friedlichen Nutzung im Interesse aller Menschen“ den Schluß, daß die Bundesrepublik Deutschland keine militärischen Ziele mit ihrer Weltraumforschung und Nutzung verfolgt (Quelle: Informationsbroschüre des Bundesministers für Forschung und Technologie aus Anlaß der 2. Weltraumkonferenz der Vereinten Nationen, 2. geänderte Auflage Bonn 1983, Seite 3)?
10. Wie ist diese Aussage des Bundesforschungsministers Dr. Riesenhuber zu vereinbaren mit
- a) der Forderung des Generalinspektors der Bundeswehr, Altenburg, der eine deutsche Beteiligung an der Weltraumrüstung fordert (Wehrtechnik vom 7. August 1984),
 - b) einer Empfehlung der WEU: „Die Versammlung ... vertritt die Ansicht, daß das Raumfahrtpotential in der künftigen

Kriegführung eine Schlüsselrolle spielen wird, daß militärisch gesehen der Unterschied zwischen den Potentialen der weltraumfähigen Nationen und denjenigen der übrigen Nationen beinahe ebenso groß sein wird wie der derzeitige Machtunterschied zwischen den Kernwaffenstaaten und den Nichtkernwaffenstaaten und daß Europa diese Tatsache nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern auch dementsprechend handeln sollte" (Empfehlung Nr. 410 der dreißigsten ordentlichen Sitzung der WEU vom 21. Juni 1984),

- c) der Einschätzung der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR): „Das deutsche Raumfahrtprogramm ist im Augenblick voll zivil ausgerichtet. Auch auf dem Gebiet der präventiven Aufklärung wird im Augenblick nicht wesentlich gearbeitet. Für die Jahre nach 1990 wird aber wegen des fortschreitenden Nutzens der Weltraumtechniken erwartet, daß die bisherige Arbeitsteilung im Rahmen der militärischen Bündnisse geändert wird und daß Europa sich durch ein eigenes Aufklärungssystem unmittelbaren Informationszugriffen sichern muß... Der erste Schritt wird ein Demonstrationsprogramm sein, bei dem nachgewiesen werden soll, daß die für zivile Zwecke entwickelten Sensoren nach gewisser Modifikation auch den neuen Aufgaben angepaßt sind" (Strategiestudie Raumfahrt, DFVLR, Köln-Porz-Wahn, 4/1984)?

11. Hat die Bundesregierung insbesondere Initiativen ergriffen, daß die Arbeiten der DFVLR auf dem Gebiet von Deuterium-Fluorid-Hochenergielasern durch das genannte Abkommen nicht Eingang finden in das ebenfalls auf diesem Lasertyp basierende SEALITE-Projekt der US-Marine und dem Nachfolgeprojekt der US-Luftwaffe, das auf die Entwicklung einer erdgestützten Anti-Satellitenwaffe abzielt?
12. Welchen Zielsetzungen und Fragestellungen im einzelnen galt im Jahr 1982 der Besuch einer Delegation von Vertretern der US-Marine, Luftwaffe und Heer in der DFVLR, bei dem Hochenergielaser auf der Tagesordnung standen (Quelle: DFVLR-Ergebnisbericht 1982, Köln, 1983, Seiten 9 bis 56), und welche Ergebnisse brachte dieses Treffen?
13. Welche Firmen arbeiten in der Bundesrepublik Deutschland an der Forschung und Entwicklung von
 - a) Hochenergielasern für militärische Zwecke und
 - b) Lasern für andere militärtechnische Anwendungenoder produzieren sie?
14. In welchen Leistungsbereichen und Energiebereichen laufen die gegenwärtigen Forschungen und Entwicklungen von militärischen Hochenergielasern?
 - a) Welche Energie- und Leistungsbereiche werden künftig angestrebt?

- b) Welche Laserenergien und welche Laserleistungen werden für welche militärischen Zwecke oder militärtechnischen Anwendungen benötigt?
 - c) Welche zivilen Anwendungen von Hochenergielasern gibt es? Welche Laserenergien und Laserleistungen sind jeweils für die zivilen Anwendungen notwendig? Mit welchen konventionellen Techniken werden diese Anwendungen bislang durchgeführt? Welche Nachteile ergeben sich aus dieser konventionellen Anwendungsform?
 - d) Wie kann die Bundesregierung sicherstellen, daß zivile Forschungsprogramme und -ergebnisse nicht nach „geeigneten Modifikationen“ den militärischen Aufgaben angepaßt werden können, wie dies bei Aufklärungssatelliten beispielsweise möglich ist?
15. Inwieweit kann die Bundesregierung die Feststellung der GRÜNEN bestätigen oder widerlegen, daß der entscheidende strategische Aspekt der zur Zeit in den USA in der Phase der Entwicklung und Erprobung befindlichen Navigationssatelliten NAVSTAR und in der UdSSR der entsprechende Aufbau des GLONAS-Systems in der Steigerung der Zielgenauigkeit aller Atomraketen auf unter 100 m CEP bestehen wird?
16. Wird es den USA nach Inbetriebnahme der 18 Satelliten, Bodenstationen und Benutzergeräte des NAVSTAR-Systems möglich sein, Atomraketen mit einer zur Zerstörung unterirdischer und verbunkelter Ziele ausreichenden Genauigkeit zu führen?
17. Kann die Bundesregierung die Feststellung der GRÜNEN bestätigen oder widerlegen, daß die durch die Verwendung der im Aufbau befindlichen Navigationssysteme mögliche Erhöhung der Zielgenauigkeit von Atomraketen eine erhebliche qualitative Änderung des derzeitigen, auf Abschreckung beruhenden Sicherheitskonzepts bedeuten würde?
18. Ist der Bundesregierung bekannt, in welchen Fällen in den vergangenen zehn Jahren eine Fehlnavigation von Flugzeugen und Schiffen zu Katastrophen oder Beinahe-Katastrophen geführt hat?
19. Ist der Bundesregierung bekannt, inwieweit diese Katastrophen oder Beinahe-Katastrophen auf mangelnde zivile oder militärische Bodenfunkfeuer zurückzuführen waren, und in welchen Fällen hat es sich um Navigationsfehler trotz ausreichender Bodenfunkfeuer gehandelt?
20. Ist der Bundesregierung bekannt, inwieweit die Sicherheit des zivilen Flug- und Schiffsverkehrs durch Navigationssatelliten verbessert wird?
21. Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die militärische Anwendbarkeit von zivilen Navigationssatelliten mit Sicherheit auszuschließen?

22. Inwieweit ist die Bundesregierung
- a) auf der Basis des Memorandum of Understanding von 1978 und
 - b) über das Team von zwölf NATO-Militärs und Technikern im gemeinsamen Programmausschuß der Weltraumabteilung der US-Luftwaffe
- an der Konzeption des Raum- und Kontrollsegments und des Nutzersegments von NAVSTAR beteiligt?
23. In welcher Höhe wurden Mittel aus dem Bundeshaushalt direkt oder indirekt über die NATO für das NAVSTAR-Programm bereitgestellt, aufgeschlüsselt nach
- a) Satelliten (Raumsegment),
 - b) Bodenkontrolle (Bodensegment) und
 - c) Benutzergeräte (Nutzersegment)?
24. Plant die Bundesregierung die Anwendung des NAVSTAR-Systems für die Polizei und den Bundesgrenzschutz, und wenn ja, mit welchen Zielen?
25. Strebt die Bundesregierung jetzt oder später eine Genehmigung zur Nutzung des präzisen NAVSTAR-Code (P-Code) für die Bundeswehr an?
26. Fördert die Bundesregierung die Entwicklung von militärischen Empfängern für das NAVSTAR-System mit oder ohne P-Codennutzung durch die deutsche Industrie oder plant sie den Kauf solcher Empfänger? Wenn ja, bei welchen Firmen?
27. Wie beurteilt die Bundesregierung die durch die Benutzung des NAVSTAR-Systems entstehende Abhängigkeit von den USA, insbesondere
- a) wie stellt die Bundesregierung sicher, wenn sie sich auf das NAVSTAR-System einrichtet, daß ihr die Benutzungsmöglichkeit nicht entzogen werden kann,
 - b) wie schätzt die Bundesregierung die entstehenden Kosten bei der Benutzung des NAVSTAR-Systems ein,
 - c) bestehen in der Bundesregierung Überlegungen zur Schaffung von Navigationssystemen, welche eine internationale Verwaltung vorsehen?
28. Kann die Bundesregierung die Feststellung der GRÜNEN bestätigen oder widerlegen, daß die Verwendung von Navigations-, Kommunikations- und Aufklärungssatelliten unverzichtbarer Bestandteil eines Verteidigungskonzeptes im Sinne der Air-Land-Battle Doktrin sein wird, deren Elemente zumindest teilweise jetzt schon für Europa Geltung besitzen?
29. Hat die Bundesregierung Sicherheitsvorkehrungen getroffen, daß das Ende 1983 gestartete und danach in den Besitz der NASA übergegangene Weltraumlabor SPACELAB von den Vereinigten Staaten von Amerika nicht für militärische Projekte der Weltraumforschung und -nutzung verwendet wird?

30. Wie viele Einheiten des SPACELAB wurden von der europäischen Industrie unter deutscher Beteiligung produziert und an die NASA verkauft bzw. sollen noch verkauft werden, und hat sich die Bundesregierung im Fall dieser Fluggeräte vertraglich bestätigen lassen, daß sie nicht für militärische Projekte der Weltraumforschung und -nutzung eingesetzt werden?
31. Welche Ergebnisse und eventuelle Übereinkünfte brachten die Gespräche der Bundesregierung mit dem Generaldirektor der NASA, Dr. Beggs, im Frühjahr dieses Jahres insbesondere im Hinblick auf eine finanzielle und sonstige Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland beim Bau einer permanent bemannten Raumstation?
32. Würde die Bundesregierung die Beteiligung an einer solchen Raumstation befürworten, auch wenn ihre militärische Nutzung nicht gänzlich ausgeschlossen ist?
33. Welche Prioritäten setzt die Bundesregierung innerhalb ihres Etatansatzes von über 400 Millionen DM jährlich für Weltraumforschung im Verhältnis bemannte – unbemannte Raumstationen?
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung führender Wissenschaftler der Raumfahrt, daß für wissenschaftliche Zwecke unbemannte Raumstationen effektiver und kostengünstiger sind?
34. Kann die Bundesregierung bestätigen, daß eine Abteilung des US-Nationalen Weltraumkommandos in der Bundesrepublik Deutschland stationiert ist (Space Command Detachment, 6. Quelle: US-Air-Force Magazin, Mai 1983, Seite 97)?
35. Beabsichtigt die Bundesregierung, sich mit der Bereitstellung von Fernerkennungssystemen oder sonstiger Technologie an französischen Aufklärungssatelliten zu beteiligen?
36. Inwieweit kann die Bundesregierung die Feststellungen der GRÜNEN bestätigen oder widerlegen, daß der Einsatz von Aufklärungssatelliten
- a) verschiedene Verträge zur Rüstungskontrolle durch die mit ihnen gegebene Möglichkeit der Überprüfung erst möglich machte,
 - b) völkerrechtlich aber noch nicht endgültig geklärt ist?
37. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der GRÜNEN, daß der Einsatz von Aufklärungssatelliten von einigen, nicht über solche Systeme verfügende Staaten als Eingriff in ihre Hoheitsrechte und als Gefährdung ihrer nationalen Sicherheit und Souveränität empfunden wird?
38. Welche Überlegungen bestehen in der Bundesregierung, um bei einer Beteiligung an Aufklärungssatelliten ihre stabilisierenden Funktionen (wie Kontrolle und Überwachung) von den destabilisierenden Funktionen (wie Zielerfassung, Zielprogrammierung) zu trennen?

39. Kann die Bundesregierung bestätigen oder widerlegen, daß sie eine Beteiligung an französischen Aufklärungssatelliten plant und daß diese Beteiligung rund 1 Mrd. DM kosten würde einschließlich der Ausgaben für Bodenstationen (Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 4. Juli 1984, Seite 2)?
40. Ist die Bundesregierung bereit, den Vorschlag zur Schaffung einer internationalen Satellitenbehörde (ISMA) zum Zwecke der Rüstungskontrolle und zur Schlichtung zwischenstaatlicher Streitigkeiten zu unterstützen und das Zustandekommen eines Vertrages zur Schaffung einer ISMA voranzutreiben, der in der Erweiterung einer UN-Expertengruppe vorsieht,
- a) in der ersten Phase die Daten von bereits Satelliten betreibenden Staaten zu sammeln und anderen Ländern zur Verfügung zu stellen und
 - b) später eigene Satelliten und Bodenstationen zu betreiben?

Wenn ja, welche politischen Initiativen hat die Bundesregierung zur Realisierung dieses Vorschlages ergriffen? Wenn nein, bestehen in der Bundesregierung Überlegungen zum Aufbau eines europäischen, von den Supermächten unabhängigen Systems, welches der ISMA vergleichbare Aufgaben erfüllen würde?

41. Inwieweit unterstützt die Bundesregierung Bestrebungen zur Rüstungskontrolle im Weltraum, wie sie z. B. konkret in den folgenden Entwürfen zum Ausdruck kommen,
- a) den von den US-amerikanischen Naturwissenschaftlern Richard Garwin und Carl Sagan gemachten Vertragsentwurf zur Begrenzung von Anti-Satellitenwaffen,
 - b) den von der Sowjetunion unterbreiteten Vertragsentwurf zur Verhinderung von Gewaltanwendung im Weltraum vom August 1983 und
 - c) den Göttinger Entwurf eines Vertrages zur Begrenzung der militärischen Nutzung des Weltraumes vom Juli 1984,
- die, würden sie zu rechtskräftigen Abkommen weiterentwickelt, bedeutende Schritte zur Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im All wären?

42. Inwieweit kann die Bundesregierung die Feststellung der GRÜNEN bestätigen oder widerlegen, daß rein nationale Weltraumaktivitäten der USA und der UdSSR auch zu ausschließlich friedlichen Zwecken der Forschung bei der jeweils anderen Seite militärisches Mißtrauen schüren und daß es zur Schaffung eines Vertrauensklimas deshalb notwendig ist, auf Ost-West übergreifende und von den Militärblöcken unabhängige Aktivitäten bei der Weltraumforschung und -nutzung hinzuwirken?
43. Hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang erwogen, international den Bau einer UN- oder sonstwie supranationalen Raumstation für ausschließlich friedliche Zwecke der Forschung vorzuschlagen und im Einklang mit dem auch

von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Welt-
raumvertrag von 1967 politische Initiativen in dieser Rich-
tung zu ergreifen?

44. Wie bewertet die Bundesregierung den Plan für das Jahr 2000
des Leiters der amerikanischen Delegation Lowell Wood
anlässlich der Ost-West-Debatte in Erice/Sizilien zwischen
Physikern aus der Sowjetunion, den USA, Westeuropa und
China (Quelle: Frankfurter Rundschau vom 23. August 1984)?
45. Kommt die Bundesregierung angesichts von Pressemeldun-
gen, wonach von den Vereinigten Staaten von Amerika „erst-
mals eine Angriffsrakete im Flug außerhalb der Erdatmo-
sphäre von einer Versuchsrakete zerstört“ wurde (Quelle:
Frankfurter Rundschau vom 13. Juni 1984), und damit „reine
Forschungsarbeiten“ (Antwort der Bundesregierung auf die
Fragen 54 und 55 des Abgeordneten Dr. Scheer, Drucksache
10/1538) an der Strategic Defence Initiative eindeutig über-
schritten wurden, zu einer anderen Einschätzung als in ihrer
zitierten Antwort auf die Fragen des Abgeordneten Scheer?
46. Was für Informationen besitzt die Bundesregierung über
sowjetische Versuche mit Weltraumwaffen?
47. Welche Informationen liegen der Bundesregierung über soge-
nannte Killersatelliten vor, mit denen die UdSSR experimen-
tiert haben soll?
48. Wie hoch ist der militärische Anteil an sowjetischen Raum-
fahrtprogrammen im Vergleich zum zivilen Anteil einzu-
schätzen?

Bonn, den 15. November 1984

Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion